Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 23.06.2015 Plenarprotokoll 17/48

48. Sitzung

am Dienstag, dem 23. Juni 2015, 14.00 Uhr, in München

Geschäftliches 4017

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten **Herbert Neder** 4017

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Katharina Schulze, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Steffen Vogel** 4017

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
"Totalblockade der CSU-Regierung durchbrechen - Energiewende retten"

Ludwig Hartmann (GRÜNE) 4017 4018
Markus Blume (CSU) 4018 4019 4021
Natascha Kohnen (SPD) 4021
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER) 4024
Dr. Otmar Bernhard (CSU) 4025
Martin Stümpfig (GRÜNE) 4026
Sandro Kirchner (CSU) 4027
Staatsministerin Ilse Aigner 4029

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes - Wiederbelebung des Diplomstudiums (Drs. 17/6816)
- Erste Lesung -

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER) 4032
Helmut Radlmeier (CSU) 4033
Georg Rosenthal (SPD) 4035
Verena Osgyan (GRÜNE) 4036

Verweisung in den Wissenschaftsausschuss 4037

Wahl
von Vertrauensleuten und deren Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten (s. a. Anlage 1)

Beschluss en bloc 4037

Bestellung
eines stellvertretenden Mitglieds für den Landesdenkmalrat

Beschluss 4037

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Beschluss 4038

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u. a. (SPD)
Sonderförderprogramm I:
Keine Wasserverschmutzung durch öffentliche Abwasserkanäle (Drs. 17/5968)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 17/7039)

Harry Scheuenstuhl (SPD) 4038 4042
Hans Ritt (CSU) 4039

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de – Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

(Beginn: 14.01 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 48. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, darf ich Sie bitten, eines ehemaligen Kollegen zu gedenken und sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

In der vergangenen Nacht verstarb im Alter von 75 Jahren Herr Herbert Neder. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1982 bis 1990 an und vertrat für die CSU-Fraktion den Stimmkreis Bad Kissingen. Während seiner Parlamentszugehörigkeit war er Mitglied im Ausschuss für Grenzlandfragen, im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen, im Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik sowie im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen.

Nach dem Ausscheiden aus dem Landtag übernahm Herr Herbert Neder für zwölf Jahre das Amt des Landrats des Landkreises Bad Kissingen. In dieser sowie in weiteren kommunalpolitischen Funktionen konnte er wichtige Impulse für die positive Entwicklung der Region und seiner Heimat Unterfranken setzen. Die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern war ihm stets ein besonderes Herzensanliegen.

Für sein umfangreiches Engagement in der Landes- und Kommunalpolitik wurde ihm im Jahr 2003 der Bayerische Verdienstorden verliehen. Darüber hinaus wurde er mit dem Titel des Altlandrates geehrt.

Der Bayerische Landtag trauert mit den Angehörigen und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. - Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch einige Glückwünsche aussprechen. Am 20. Juni feierte die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Katharina Schulze, einen runden und am 22. Juni Frau Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer einen halbrunden Geburtstag.

Heute hat Herr Kollege Steffen Vogel Geburtstag. - Ich sehe ihn nicht. Aber wir beglückwünschen ihn von dieser Stelle aus. Im Namen des Hohen Hauses und persönlich sprechen wir unsere Glückwünsche aus und wünschen alles Gute und viel Erfolg bei der parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Totalblockade der CSU-Regierung durchbrechen - Energiewende retten"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Redner bzw. Rednerinnen, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion einer ihrer Redner bzw. eine ihrer Rednerinnen bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion jedoch angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. – Wir beginnen nun. Erster Redner ist Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war am vergangenen Wochenende auf einer privaten Feier, und da waren sicher viele Gäste anwesend, die bei der letzten Landtagswahl CSU gewählt haben. Aber ich kann Ihnen sagen: Keiner – wirklich keiner – konnte die Energiepolitik der CSU nachvollziehen. Es hat ein verdammt großes Kopfschütteln geherrscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst das Nein zur sicheren, sauberen Windkraft in Bayern; denn mit dem bayerischen Windkraftverhinderungsgesetz steigt die CSU faktisch aus der Windkraft aus. Das zeigt allein schon ein Vergleich der Genehmigungszahlen. 2013 wurden 573 Anträge auf Genehmigung einer Windkraftanlage eingereicht. Im ersten Quartal 2015 wurden noch zwölf Anträge auf Genehmigung gestellt. Die für sauberen Windstrom aus dem Norden notwendigen Stromleitungen wollten Seehofer & Co. einfach nach Hessen abschieben. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, das Abschieben von Verantwortung nach dem Sankt-Florians-Prinzip ist der Markenkern Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übernehmen Sie doch einmal Verantwortung für Ihre Politik!

Am Freitag kam dann die unglaubliche Aussage des Chefs der Staatskanzlei Dr. Marcel Huber, die Energiewende scheitern zu lassen, wenn Bayern Atommüll aufnehmen muss. Das zeigt ganz deutlich, auf welchem Egotrip die Staatsregierung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, die CSU steht wie keine andere Partei – keine andere Partei! – in diesem Land für die Verursachung von Atommüll in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

25 % des Atommülls, der uns belastet, haben wir Ihrer Politik zu verdanken. Ihre Politik hat uns einen Atommüllberg gebracht, und jetzt drücken Sie sich vor der Verantwortung für Ihren Atommüll. Über Jahrzehnte hinweg haben Sie rücksichtslos und blind auf die unberechenbare Atomkraft gesetzt, ohne zu wissen, wohin mit dem Atommüll.

Die Politik der CSU-Regierung, die Windkraft total zu blockieren und die Leitungen nicht auszubauen, führt zu noch mehr Atommüll, weil die Totalblockade der Energiewende letztendlich auf eine Laufzeitverlängerung mit uralten, ja museumsreifen Atomkraftwerken und noch mehr Atommüll hinausläuft. Wir lassen die Menschen in Bayern aber nicht zu den Leidtragenden Ihrer schwarzen Verantwortungslosigkeit werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Oh je!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Verantwortungslosigkeit folgen meistens Orientierungs- und Planlosigkeit. Das haben wir in den letzten Monaten hinreichend erlebt. Wir haben in Bayern einen Stillstand in der Energiepolitik, wie wir ihn noch nie erlebt haben. Der nicht anwesende Ministerpräsident Seehofer – doch, er ist gerade anwesend –

(Volkmar Halbleib (SPD): Geistig abwesend!)

ist und bleibt der Mister No der Energiewende in Bayern. Es ist höchste Zeit, Seehofers Totalblockade zu durchbrechen und die Energiewende in Bayern zu retten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich dachte ja, die CSU kann Energiewende einfach nicht, sei es aus Mangel an Ideen und Konzepten oder sei es aus fehlendem Glauben an die Schaffenskraft unserer Ingenieure, unserer Stadtwerke und unserer Energiegenossenschaften, die täglich am Gelingen der Energiewende arbeiten. Aber die Aussage des Chefs der Staatskanzlei hat eigentlich deutlich gemacht: Sie wollten nie den Atomausstieg, und Sie wollten nie den Einstieg in die Energiewende. Eine CSU-Regierung, die mit dem Scheitern unseres gesamten Projektes Energiewende droht, zeigt, dass Sie nicht nach Lösungen suchen. Sie ringen nicht um die besten Ideen und Konzepte zum Gelingen der Energiewende. Nein, die CSU-Regierung sucht eines: den Ausstieg aus der Energiewende. Wenn man wirklich davon überzeugt ist, dass der Umbau unserer Energieversorgung hin zu Wind und Sonne für unser Land richtig und gut ist, droht man nicht beleidigt mit dem Scheitern der gesamten Energiewende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dann setzt man sich zusammen und sucht gemeinsam nach Lösungen für die Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen. Das ist auch Ihre Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Nächster Redner ist Herr Kollege Blume.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Hartmann, nach Ihrer Rede fällt mir nur ein gut bayerisches "Oh mei" ein. Das, was wir heute von Ihnen präsentiert bekommen haben, war wieder Hartmanns Märchenstunde at its best.

(Beifall bei der CSU)

Herr Hartmann, ich kann mir das nur so erklären, dass dieser Tage ein Porträt in der Zeitung erschien, das sinngemäß zum Inhalt hatte, an der Fraktionsspitze der GRÜNEN laufe es zwar ganz gut, aber Herr Hartmann sei so blass, dass man ihn überhaupt nicht mehr wahrnehme.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Zum Thema!)

Angesichts dessen haben Sie sich wahrscheinlich gefragt, was Sie tun könnten, um nicht mehr so blass zu wirken.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Volkmar Halbleib (SPD): Von Presse versteht er etwas!)

Ich bitte um Ruhe.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Markus Blume (CSU): Ich stelle fest, dass diese Erkenntnis für Sie sehr schmerzhaft ist, Herr Hartmann.

Meine Damen und Herren, für uns gilt in der Energiepolitik wie allgemein in der Politik von Anfang an das Motto: Zuhören – verstehen – handeln. Ich möchte das Motto gern ergänzen: sich Zeit nehmen für gute Kompromisse. Professor Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hat vor einiger Zeit in einer Publikation ausgeführt:

> Doch in der Politik ist Eile eher schädlich – gute Kompromisse brauchen Zeit.

Er führte weiter aus:

> Nicht die Politik ist systematisch zu langsam, sondern Journalismus und Wissenschaft sind systematisch zu hektisch.

(Beifall bei der CSU)

Ich füge hinzu: Auch Sie sind zu hektisch, was dieses Thema angeht, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Das beginnt schon mit dem Titel der Aktuellen Stunde. Wenn es darin heißt: "Energiewende retten", dann wird der Eindruck erweckt, hier stehe quasi alles mit dem Rücken an der Wand. Auch in Ihrer Rede haben Sie dieses Bild gemalt, Herr Hartmann.

(Zurufe von den GRÜNEN: Steht es doch auch!)

Wenn wir uns anschauen, wo Bayern heute steht, dann können wir nur zu einem Schluss kommen: Die Energiewende in Bayern geht voll voran.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich die Erzeugungsformen erneuerbarer Energien anschauen, dann wissen Sie, dass Bayern auf sämtlichen Feldern voll im Ausbaukorridor liegt. Das belegen auch die Zubauzahlen für das Jahr 2014; ich habe noch einmal nachgeschaut, nachdem Sie Ihre Zahlen genannt hatten, Herr Hartmann. Im Jahr 2014 wurden in Bayern neue Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von 410 Megawatt errichtet. In Baden-Württemberg, wo Sie mitregieren – sonst immer Ihr Lieblingsvergleichspartner in diesen Fragen –, waren es nur 18,7 Megawatt. Im gesamten Jahr 2014 sind dort nur 8 neue Anlagen ans Netz gegangen. Allein im ersten Quartal 2015 sind in Bayern schon mehr genehmigt worden. Wollen Sie uns jetzt erklären, dass woanders bessere Politik gemacht werde als in Bayern?

(Beifall bei der CSU)

Man kann alle Felder durchdeklinieren und auch die Solarbranche einbeziehen: Diese ist insgesamt zwar etwas in Bedrängnis geraten. Bayern ist aber auch auf diesem Gebiet mit weitem Abstand Spitzenreiter; neue Anlagen mit einer installierten Leistung von einem halben Gigawatt sind im vergangen Jahr ans Netz gegangen.

Wir bleiben nicht stehen, was den Zubau der Erneuerbaren betrifft, sondern wir versuchen, die Energiewende mit weiteren Bausteinen zu vollenden. Das 10.000-Häuser-Programm, zu dem Ministerin Aigner sicherlich noch etwas sagen wird, fügt einen wichtigen Baustein hinzu; denn unser Ziel ist eine dezentrale Energiewende, eine Energiewende, die darauf gerichtet ist, Energie zu sparen, das heißt effizient und intelligent zu nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Wir agieren so, weil die Energiewende mehr ist als das Beschwören von Zielen, mehr ist als der Zubau von Erneuerbaren und mehr ist, als darauf zu hoffen, dass der Bund schon die richtigen Rahmenbedingungen setzen werde.

(Margarete Bause (GRÜNE): Was ist mit dem Atommüll?)

Gute Politik heißt für uns aber auch, um die richtige Lösung zu ringen; das haben Sie bestätigt, Herr Hartmann. Aber gute Lösungen entstehen häufig nur unter Druck.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Leider ist das bei Ihnen so!)

Ihr Problem ist: Sie verwechseln Druck mit Blockade.

Ich gebe Ihnen drei Beispiele. Das erste Beispiel betrifft die Erdverkabelung. Erst hieß es, Erdverkabelung sei zu teuer und auch technisch nicht überall möglich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer hat denn in Berlin dagegen gestimmt? – Volkmar Halbleib (SPD): Die CSU! Das ist die Wahrheit!)

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, hat kürzlich gesagt:

Erdkabel sind nicht generell zu teuer.

Bemerkenswert ist auch die Aussage:

Die Netzbetreiber und wir als Bundesnetzagentur haben dazugelernt.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, glauben Sie, dass diese Lernkurve eingetreten wäre, wenn es nicht eine hohe Betroffenheit in der Bevölkerung gegeben hätte und wir nicht darauf hingewiesen hätten, dass Akzeptanz ein hohes Gut ist?

(Margarete Bause (GRÜNE): Was ist nun mit dem Atommüll?)

Ein anderes Beispiel sind die Trassenkorridore. Am Anfang war alles quasi wie betoniert, die Korridore waren mehr oder weniger festgezurrt.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Inzwischen vergeht kein Tag, ohne dass es neue Überlegungen zur Trassenführung gibt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bemerkenswert ist auch in diesem Punkt: Was am Anfang überhaupt nicht in Rede stand, scheint plötzlich zu gehen. Ich zitiere noch einmal den Präsidenten Homann:

Darüber hinaus könnten bestehende Stromtrassen technisch auch für die neuen Höchstspannungs-Gleichstromleitungen fit gemacht … werden.

Meine Damen und Herren, glauben Sie, dass diese Erkenntnis sich durchgesetzt hätte, wenn wir uns nicht dafür eingesetzt hätten, auch nach anderen Lösungen zu suchen und zu hinterfragen, ob bestimmte Trassen überhaupt notwendig sind?

(Beifall bei der CSU)

Ein Drittes: Sie von Rot und Grün hängen sonst immer die Forderung nach Bürgerinformation und Bürgerakzeptanz sehr hoch. Angesichts dessen ist es für mich überhaupt nicht zu verstehen, dass beides für Sie bei dem Thema Energiewende anscheinend keine Rolle spielt. Sie haben den Energiedialog der Wirtschaftsministerin belächelt. Die Übertragungsnetzbetreiber haben sich gefragt: Müssen wir überhaupt informieren? Wenn ja, vielleicht erst dann, wenn alles schon entschieden ist?

Auch in dieser Frage hat sich gezeigt, dass der bayerische Kurs der richtige ist. Ich finde es bemerkenswert, dass Sie unser Agieren kritisieren, während in Hessen der dortige SPD-Fraktionsvorsitzende einen Energiegipfel fordert, um über Akzeptanzfragen zu sprechen. Offenkundig lernt man in anderen Ländern eher von der CSU und von Bayern als Rot und Grün in Bayern selbst lernen. Sie sollten sich einfach einmal mit Ihren Kollegen dort unterhalten.

Gute Politik heißt für uns auch, über das Gesamtpaket zu verhandeln und die eigenen Interessen durchzusetzen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Jedes Land hat auch Verantwortung!)

Das kann ich ehrlich sagen: Selbstverständlich hat jedes Land Interessen. Aber – das ist der Unterschied – wir wollen, dass diese Interessen in einem Gesamtkonzept Berücksichtigung finden und dass nicht ein Thema nach dem anderen herausgezogen wird.

Ich sage Ihnen, was schlechte Politik ist – diese verbindet sich an dieser Stelle mit Ihnen –: Schlechte Politik ist, wenn gute Vorhaben im Bundesrat bzw. generell auf Bundesebene blockiert oder dort nicht die Hausaufgaben gemacht werden. Ich nenne beispielhaft die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Es war nicht Bayern, das sich gesperrt hat, sondern Rot und Grün haben verhindert, dass es eine entsprechende Regelung auf Bundesebene gibt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wo soll jetzt der Atommüll hin?)

Schlechte Politik heißt auch, das Strommarktdesign nicht voranzubringen. Das ist jedoch eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür, dass notwendige Reserve- und Ersatzkapazitäten in Bayern ans Netz gehen können. Erst daraus - das ist der dritte Schritt - kann der Bedarf für den Netzausbau abgeleitet werden.

Das Entscheidende: Schlechte Politik ist es aus unserer Sicht auch, Bayerns Interessen zu verraten. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin als bayerischer Landtagsabgeordneter gewählt. Bei einigen von Ihnen frage ich mich, ob Sie an dieser Stelle dasselbe Mandat im Hinterkopf haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich gebe Ihnen zwei Beispiele: Wenn in Baden-Württemberg nur 100 Kilometer neue Stromleitungen gebaut werden sollen, aber in Bayern 400, dann stellen Sie sich hin und sagen, das sei gerecht. Wenn die von der SPD gestellte Bundesumweltministerin einseitig

und ohne Rücksprache das 2013 zwischen den Ministerpräsidenten vereinbarte Verfahren zu Endlagersuche und Zwischenlagerung verlässt und die Castoren nun freihändig im Land verteilen will, dann stellen sich SPD und GRÜNE hin und sagen, das sei eigentlich ganz gut.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, geht's noch?

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben keine Lösung angeboten!)

Die Antwort ist ganz klar.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fragen Sie einmal nach, was Herr Hünnerkopf dazu sagt! Er sagt etwas ganz anderes!)

Unsere Antwort ist ganz klar: Wir wollen auf dem vereinbarten Pfad bleiben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gestern im Bayerischen Rundfunk!)

– Rufen Sie halt nicht die ganze Zeit dazwischen!

(Lachen bei der SPD)

Die folgende Frage könnten Sie tatsächlich einmal beantworten: Wo sind die Mandatsträger von Ihnen, die an dieser Stelle Verantwortung tragen? Wo ist Pronold? Das könnte man tatsächlich einmal fragen. Er ist derjenige, der völlig in der Versenkung verschwunden ist. Ich frage mich: Hat er eine Meinung dazu? Er hat gesagt, dass wir mit den betroffenen Ländern und Kommunen das Einvernehmen weiterhin herstellen wollen. Dann, wenn schon alles entschieden ist, das Einvernehmen herzustellen, heißt, das Pferd von hinten aufzuzäumen.

(Beifall bei der CSU)

Ganz spannend in diesem Zusammenhang finde ich, dass sich Herr Pronold mit der Regierungsfähigkeit beschäftigt.

Liebe Vertreter der SPD-Fraktion, ich kann Ihnen sagen: Mit diesem Verständnis von Politik, mit diesem Verständnis vom Durchsetzen bayerischer Interessen sind Sie von einer Koalition mit dem Bürger und von Regierungsfähigkeit in Bayern Lichtjahre entfernt.

(Beifall bei der CSU)

Wahrscheinlich freuen Sie sich am Ende sogar noch über die Anzeige aus Niedersachsen, mit der Unternehmer bewogen werden sollen, ihren Sitz nach Niedersachsen zu verlagern. Statt sich über eine solche Anzeige zu freuen, sollten Sie sich überlegen, mit welchem Geld sie bezahlt ist. Ich behaupte: Es gibt eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sie mit bayerischem Geld aus dem Länderfinanzausgleich finanziert ist.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende. Ihre zehn Minuten sind um.

Markus Blume (CSU): Ich komme zum Ende. Aber es ist schwierig, hier bei dieser Lautstärke zu sprechen.

Meine Damen und Herren, Ihnen fehlt am Ende eines, nämlich das Bayern-Gen. Versuchen Sie wenigstens ausnahmsweise in der Energiepolitik, bayerisch zu denken.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende.

Markus Blume (CSU): Ich versichere Ihnen jedenfalls: Die CSU wird sich weiterhin bemühen, für das Land und die Menschen eine gute Politik zu betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Natascha Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Vielleicht wird sich Kohnen wirklich lohnen, wer weiß.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Blume, selbst die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. wünscht sich einen Plan für die Energiewende in Bayern. Das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Blume, Sie haben jetzt allerhand Zahlen durch die Gegend geworfen und gesagt, Sie könnten alles durchdeklinieren, wir müssten bayerischer denken. Vor kaum zehn Tagen hat die SPD im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags einen Antrag vorgelegt, in dem sie verlangt hat, dass Sie die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien in Bayern benennen. Das sage ich, Herr Blume, weil Sie gerade wild mit Zahlen um sich geworfen haben. Ich fand die Reaktion der CSU im Wirtschaftsausschuss höchst

erstaunlich; denn sie hat gesagt, ich sei mit meinem Antrag zu früh dran.

(Lachen bei der SPD)

Sie müssen sich das einmal reinziehen: Ich sei zu früh dran; denn der Energiedialog müsse noch verarbeitet werden. Frau Aigner, wann hat denn der Energiedialog geendet? - Er hat am 2. Februar geendet. Das ist viereinhalb Monate her.

Lieber Herr Bernhard, Sie waren der Berichterstatter. Sie haben übrigens erwogen, ob Sie dem Antrag vielleicht doch zustimmen, weil Sie alle gerne wüssten, wohin wir mit den erneuerbaren Energien in Bayern gerne wollen.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Seehofer, wir alle wissen, und das müsste auch Ihnen logisch erscheinen: Je mehr wir in Bayern selber produzieren, desto weniger müssen wir von außen hereinholen. Deswegen frage ich Sie: Warum waren Sie nicht in der Lage, unserem Antrag zuzustimmen?

Frau Aigner, ist in Ihrem Ministerium so viel los, dass Sie nicht in der Lage sind, den Ausbau der erneuerbaren Energien festzulegen? Was haben Sie denn seit dem Energiedialog gemacht? Das ist ganz spannend. Sie haben etwas erarbeitet, nämlich einen Trassenplan mit interessanterweise zwei Trassen, über die Sie gesprochen haben. Die eine Trasse soll möglichst wenig bayerischen Boden berühren; sie soll über Baden-Württemberg gehen und dann nach Bayern führen. Dafür hatten Sie nach dem Energiedialog schon Zeit. Darf ich die Frage stellen, ob es eventuell länger als viereinhalb Monate dauert, wenn Sie Trassen planen? Auch frage ich Sie nach der Ehrlichkeit und der Aufrichtigkeit des Energiedialogs. Dort haben Sie den Menschen gesagt: Wir reden ergebnisoffen. Kaum viereinhalb Monate später legen Sie Trassenplanungen vor und fordern zwei Trassen. Allerdings wurden Sie vom Ministerpräsidenten zurückgepfiffen, der sagt: Nein, wir brauchen keine zwei Trassen. Das ging so weit, dass Sie in der letzten Woche auf der Energieministerkonferenz plötzlich gegen den bundesweiten Netzausbauplan gestimmt haben. Wo ist bei dieser Energiewende bitte schön Ihre Logik?

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Reiner Zickzackkurs!)

Was tut denn die CSU? - Die CSU sagt Nein zu klaren Ausbauzielen für erneuerbare Energien in Bayern mit der Begründung, das Ministerium habe so viel zu tun. Die CSU sagt Nein zu einem Konzept, wie die Alpenländer zusammenarbeiten können.

Lieber Herr Ministerpräsident, je mehr wir regional zusammenarbeiten, desto weniger müssen wir zuleiten. Aber auch das möchten Sie nicht, weil angeblich schon alles klar ist. Aber das, was in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Alpenländern klar sein soll, ist uns, der Opposition, null klar. Auch das ist ein Baustein, der nicht genutzt wird.

Vor zehn Tagen sagten Sie im Wirtschaftsausschuss auch zu einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Analyse Nein. Die Frage ist: Wie viel können wir auf bayerischer Ebene einsparen? Je mehr wir einsparen, desto weniger müssen wir herleiten und desto weniger Leitungen brauchen wir. Das wollen Sie nicht, sondern Sie fordern nur einen Bericht. Verdammt noch mal, tun Sie endlich etwas!

(Beifall bei der SPD)

Frau Aigner, auch zum Pumpspeicherkraftwerk sagen Sie Nein, lassen aber Ihr Ministerium zweieinhalb Jahre an einem Pumpspeicherkataster arbeiten. Auch da frage ich mich nach der Logik Ihrer Arbeitsstruktur. Dann sagen Sie nämlich: Wir brauchen in Bayern keine Pumpspeicherkraftwerke. Nutzen Sie doch endlich die Bausteine, die hier überall herumliegen, und fügen Sie sie zu einem Plan zusammen. Aber dazu sind Sie nicht in der Lage.

Auch zu den Stromtrassen sagt die CSU Nein bzw. Ja. Bei dieser Frage herrscht im Ministerium, in Bayern und in ganz Deutschland völlige Unklarheit. Was wollen Sie eigentlich? Zur Atompolitik und zur Laufzeitverlängerung hat die CSU in den letzten Jahrzehnten definitiv Ja gesagt. Ich musste bereits damals mit Minister Söder hier im Parlament über die Laufzeitverlängerung diskutieren. Sie als CSU haben damals gesagt: Heben wir bei der Laufzeitverlängerung den Deckel an, am besten nehmen wir ihn ganz weg, lassen wir die Kraftwerke weitere 50 Jahre laufen, lassen wir sie strahlen. Das stimmt, und wie!

(Beifall bei der SPD)

Wie sagte Herr Pschierer doch so eingängig in der letzten Plenarsitzung: Bayerns Wirtschaftskraft war und ist wegen der Atomenergie so gut; das habe deswegen so gut funktioniert. Das haben Sie hier wortwörtlich gesagt. Sie haben auch gesagt, die CO_2-Emissionen seien wegen der Atomenergie so niedrig.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Haben Sie im Ernst gemeint, was Sie gesagt haben? Sie sagten, es sei doch jetzt vernünftig, dass die Castoren zurückkämen und einen möglichst kurzen Weg zurücklegten, also am besten ganz grenznah gelagert würden, ohne

den weiten Weg nach Bayern zu nehmen. Aber damit, die abgebrannten Elemente auf dem weiten Weg nach Frankreich zu transportieren, haben Sie interessanterweise kein Problem. Ist das allen Ernstes Ihr Wort? Ich schäme mich dafür. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Wer bei dieser Energiepolitik eine Logik sucht, hat die Antwort von Marcel Huber, dem Staatsminister in der Staatskanzlei, bekommen. Er stellt die Energiewende sofort in Frage, wenn Castoren nach Bayern kommen sollten. Angeblich hat Bayern vorher niemand gefragt, das ist das Schärfste. Ich glaube, Sie hatten Ohrstöpsel. Herr Huber, Castoren fallen nicht vom Himmel. Andere Bundesländer haben bereits geantwortet, dass sie die Verantwortung übernehmen, und das ist jetzt auch Ihre Aufgabe. Nichts anderes haben Sie zu tun. Ich frage Sie, da Sie die Energiewende in Bayern in Frage stellen: Wie lautet Ihre Antwort? Wie soll die Energiewende funktionieren, wenn Sie sie überhaupt noch wollen? Letzteres glaube ich Ihnen inzwischen nicht mehr, sondern ich habe das Gefühl, Sie akzeptieren eine weiterhin strahlende Zukunft. Das werden wir niemals akzeptieren. Wir wollen die Energiewende!

(Beifall bei der SPD)

Frau Aigner, Sie sind Energieministerin. Beweisen Sie doch endlich, dass Sie sich durchsetzen können. Nehmen Sie das Projekt Energiewende so in Angriff, wie es auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. möchte. Diese Vereinigung wird nicht mehr lange stillhalten, weil die Menschen in ganz Deutschland nervös sind.

Lieber Herr Blume, Sie regieren nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin. Das heißt, Sie haben auch eine deutsche Verantwortung.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

– Wir auch, und wir betreiben die Energiewende.

Die Frau Energieministerin sollte sich jetzt emanzipieren. Sie muss einen Projektplan mit Verantwortlichkeiten vorlegen. Sie muss flächendeckende Energienutzungspläne mit Energieberatern erarbeiten. Sie muss klare dezentrale Ausbauziele für erneuerbare Energien in Bayern festlegen. Wenden Sie endlich alle Mosaikbausteine der Energiewende zusammen an, damit wir hier in Bayern möglichst viel produzieren und möglichst wenig hereinholen müssen.

Ich möchte von Ihnen endlich eine ehrliche Antwort zu den Fragen der Durchleitung. Reden Sie den Leuten nicht immer nach dem Mund, sondern sagen Sie uns, was Sie denken. Sie wissen doch genau, was die Stromlücke beträgt.

(Zuruf der Staatsministerin Ilse Aigner)

- Ja, es kommt noch, es kommt noch.

(Staatsministerin Ilse Aigner: Ich komme noch nach Ihnen!)

- Sie kommen noch nach mir? – Das ist ja wunderbar. Gott sei Dank bin ich vor Ihnen dran.

Ich sage Ihnen aber noch etwas: Organisieren Sie die Bürgerbeteiligung ehrlich; denn so, wie Sie mit dem Energiedialog umgehen, indem hier seit dem 2. Februar nichts mehr diskutiert, nichts mehr zur Energiewende gesagt wird, so geht das nicht. Angeblich ist Berlin für alles verantwortlich. Ich sage Ihnen etwas: Berlin macht seine Hausaufgaben. Die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien werden genannt, der Stromkorridor steht fest. Da ist noch Luft nach oben, in Bayern können wir noch ausbauen. Wer aber keine Ziele in Bayern festlegt, der braucht sich nicht zu wundern, dass er beim Strommarktdesign schlechtere Karten hat, wenn er für die bayerischen Interessen kämpft. Aber hallo, so ist das und nicht anders!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch etwas: Nicht der, der am lautesten schreit, sollte die Energiepolitik organisieren.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

- Ja, so ist es doch! Egal, wem der Ministerpräsident begegnet, der, der ihn am lautesten anschreit, der am meisten sagt, dem gibt er recht. Die Energiepolitik, lieber Herr Ministerpräsident, das ist keine Ja- oder Nein-Frage. Das ist kompliziert. Das braucht Logik.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sagen Sie das doch Herrn Gabriel! – Unruhe bei der CSU)

- Nehmen Sie mich zu Herrn Gabriel mit, dann kann man gemeinsam mit ihm sprechen. Ich sagen Ihnen etwas: Entwerfen Sie endlich ein Konzept! Die Kommunen brauchen es, die Städte brauchen es, wir alle brauchen es. Ja, ich bin supersauer auf euch. Ihr baut einen solchen Bockmist!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, nächster Redner ist Herr Kollege Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, in Berlin wollen Sie in der Champions League spielen. In Berlin verkünden Sie, was Sie und Ihre Partei alles Großes leisten. Schauen wir doch an, was Sie bei Bürokratie und Mindestlohn für den Mittelstand und das Handwerk alles angerichtet haben. Schauen wir doch an, was Sie im Bund und in Bayern in der Mautfrage hinterlassen haben. Nun kommt das Thema Energiewende. Im Juni 2011 standen Sie hier an diesem Rednerpult. Das war nach Fukushima. Damals haben Sie gesagt - und das werde ich immer wieder anführen -, alle Ministerpräsidenten in Deutschland müssen sich an Ihnen messen, an Ihrer Partei. Sie werden den Sieg in der Champions League in der Energiewende holen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Um Gottes willen!)

Wo stehen wir heute? – Bayern steht im schlechten Mittelfeld. Das haben wir Ihrer Politik und der Politik der CSU zu verdanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Woher kommt das? - Es kommt von einer Haltung, die sich bei Ihnen über Jahre hinweg eingeprägt hat. Sie wollen nämlich keine Energiewende und, wie die Kollegin gerade gesagt hat: "Sie können nicht Energiewende." Das ist Ihr Problem. Wenn wir Ihnen Woche für Woche vernünftige Anträge vorlegen, die wir Ihnen noch so vernünftig erklären, dann wollen Sie die einfach nicht verstehen. Vielleicht ist das manchmal auch Ausdruck der Arroganz Ihrer Macht. Sie sagen sich: Das kommt von der Opposition, da will ich nicht zustimmen. Ich glaube aber, die bayerischen Bürgerinnen und Bürger haben es satt, sich Woche für Woche Ihre Sonntagsreden anzuhören. Ich sehe kein Engagement für die Energiewende, für Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie sich doch die Themen an, die auf dem Tisch liegen. Es wurde die Kraft-Wärme-Kopplung angesprochen. Warum lehnen Sie die Kraft-Wärme-Kopplung ab? Das ist völlig unverständlich. Ihr Wirkungsgrad beträgt bis zu 90 %, aber in der CSU gibt es kein Engagement für die Kraft-Wärme-Kopplung.

(Zuruf der Staatsministerin Ilse Aigner – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Was hören wir heute von der Wirtschaftsministerin? – Ein 10.000-Häuser-Programm wird aufgelegt. Ich weiß nicht, wie oft ich es schon erklärt habe: Sie können gern ein 10.000-Häuser-Programm machen. Sie können auch ganz toll Bändchen durchschneiden. Sie werden auch ganz wunderbare Broschüren drucken. Sie werden Geld ausgeben. Für die Sanierung einer Heizung geben Sie in Zukunft 1.000 Euro aus. Sie werden auch viel Geld für die Gebäudeautomatisierung ausgeben, wobei Sie sich bei der Gebäudeautomatisierung den Grenznutzen teuer erkaufen. Wie oft muss man Ihnen noch erklären: Einfach Gebäude dämmen! 8.000 staatliche Gebäude! – Das gibt kein Bändchen, das gibt keine Broschüre, aber das bringt die höchste Energieeffizienz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sie wollen das aber nicht verstehen, und Sie werden das auch nicht verstehen. Marcel Huber, Sie haben damals aus der Staatskanzlei in das Umweltministerium gewechselt. Ihr geliebtes Thema damals waren der Wasserkrafterlass und der Wasserkraftausbau. Vier Jahre Schweigen – kein Wasserkrafterlass, kein Wasserkraftausbau. Von Ihnen war nichts zu hören. Was ist auf Bundesebene mit einem ambitionierten Emissionshandel? Angesprochen wurde das, ja. Sie sagen, wir brauchen unsere bayerischen Gaskraftwerke. Herr Ministerpräsident, was passiert vor Ihrer Haustüre? – Sie wollen gerne Ihr modernes Gaskraftwerk am Netz haben. Dann sorgen Sie doch dafür, dass ein Rahmen geschaffen wird, damit der Emissionshandel funktioniert. Schaffen Sie einen Rahmen, damit wir hochmoderne Kraftwerke an das Netz bekommen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie zeigen aber kein Engagement. Sie wollen es nicht.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Und Sie haben keine Ahnung!)

- Keine Ahnung? – Doch, ich habe Ahnung.

(Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, die CSU ist seit 40 Jahren für die Atompolitik in Bayern verantwortlich. Das ist eine für mich völlig unverständliche Politik. Mit solchen Reden, wie sie momentan gehalten werden, würden Sie in der Kommunalpolitik nie im Leben zurechtkommen. Sie würden als Bürgermeister oder Bürgermeisterin gnadenlos abgewählt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich sage Ihnen auch, warum. Stellen Sie bei Ihrem Landrat oder Ihrem Oberbürgermeister den Antrag,

dass Sie gern ein Wohnhaus bauen würden. Der wird Ihnen sagen: Herr Ministerpräsident, Sie dürfen gern in Ingolstadt bauen, wenn Sie Ihr Abwasser entsorgen können. Wenn Sie das Abwasser aber nicht entsorgen können, wird er Ihnen keine Baugenehmigung erteilen. Sie und die CSU regieren hier in Bayern seit 40 Jahren mit der Atomkraft. Sie haben aber nie eine Regelung geschaffen, was mit dem atomaren Müll passiert. Die bayerischen Bürger zahlen jetzt die Zeche dafür, dass Sie 40 Jahre lang nicht bereit waren, dieses Thema auch nur annähernd anzugehen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Ohne Abwasserentsorgung hätten Sie Ihre Baugenehmigung nicht bekommen! - Sie hinterlassen kommenden Generationen jede Menge strahlenden Müll. Ich bin gespannt, wie Sie das in Zukunft erklären wollen.

Sie wollen keine Bürgerenergiewende, Sie wollen keine regionale Energiewende, Sie wollen keine dezentrale Energiewende, und nun kommt die Spitze: Sie werden im Bund beschließen, dass es Ausschreibungsmodelle gibt. Das wird den Rest der Bürgerenergiewende zum Erliegen bringen. Was Sie mit der 10-H-Regelung begonnen haben, werden Sie jetzt mit den Ausschreibungsmodellen zu Ende bringen. Mit Ihnen wird Bayern nie Spitzenreiter in der Energiewende.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Herr Dr. Bernhard.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Unser Problem in der heutigen Debatte ist, so glaube ich, dass Sie von der Opposition die Realität in Bayern einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und Sie nichts verstehen! – Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ja, so ist das leider. Sie befassen sich stattdessen mit irgendwelchen Horrorszenarien und Beschuldigungen. Die Atomkraftwerke in Bayern werden planmäßig abgeschaltet - am Samstag das zweite. Ist das keine Energiewende, liebe Freunde? – Was ist das denn anderes als eine Energiewende in Bayern?

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist unser Erfolg! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich sage nur: Fukushima!)

Sie wissen ganz genau: Wir setzen auf erneuerbare Energien. Das ist völlig klar. Das ist unser Plan. Wir brauchen aber den notwendigen Ersatz für die Reststrommenge, das ist auch ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn ich die Meinungsumfragen ansehe, dann stelle ich fest, die Bevölkerung ist mit uns außerordentlich zufrieden, im Gegensatz zu manchem von Ihnen. Also, ich sehe da kein Problem. Wir haben jetzt das 10.000-Häuser-Programm aufgelegt. Das hat das Kabinett beschlossen.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Ist das vielleicht kein Beitrag zur Energiewende, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition? - Auch das ist ein Beitrag. Wir schaffen dieses Programm mit 90 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt. Schauen Sie doch einmal, wo so etwas bei Ihnen gemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich muss der Energiedialog ausgewertet werden. Frau Kollegin, Sie wissen genau, das war damals ein Kompromissgespräch im Wirtschaftsausschuss. Letztlich sind Sie darauf nicht eingegangen. Uns interessiert aber auch, wie sich die Situation danach darstellt. Die Solarenergie läuft nach einer Flaute wieder relativ gut, weil es die dezentrale Energiespeicherung gibt und diese relativ stark vorankommt.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Lassen Sie mich jetzt ein paar Bemerkungen zur Windenergie machen, weil Sie das immer wieder ins Gespräch bringen. Wenn sich die technischen Voraussetzungen ändern und das die Situation der Betroffenen verändert, muss man auch darüber nachdenken, den Rechtsrahmen zu verändern. Das ist doch selbstverständlich und hat überhaupt nichts damit zu tun, dass man die Windenergie, eine erneuerbare Energie, blockieren möchte. Es ist eben so, dass inzwischen statt 80 Meter hohen Masten 220 Meter hohe gebaut werden und derjenige, der davor wohnt, eine andere Situation vorfindet als früher. Nichts anderes als eine entsprechende Anpassung haben wir hier zum Ziel.

Es geht darum, mit dieser Regelung die betroffene Bevölkerung zu schützen. Wir haben mit dieser Regelung die Mitbestimmung der Kommunen und auch letztendlich der Bürger gestärkt.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch ein Märchen!)

Bisher gab es nur Regionalpläne und Konzentrationsflächennutzungspläne. Natürlich ist es so: Wenn eine Kommune heute mit Bebauungsplan von der 10-H-Regelung abweichen kann, ist das doch eine Supergelegenheit. Wenn es so ist,

(Zuruf von der SPD: Früher war das gar keine Diskussion!)

dass diese Bürgergenossenschaften, Herr Kollege, und wer auch sonst, ein so massives

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Neun Windräder sind gebaut worden!)

Interesse an der Windenergie haben, dann haben sie hier eine wunderbare Möglichkeit, von der 10-H-Regelung abzuweichen.

Wir haben auch die Interessen der Nachbarkommunen, um die es natürlich ebenso geht, im Blick. Auch sie müssen in gewisser Weise geschützt werden, wenn Kommunen solche Windenergieanlagen ohne Rücksicht auf die Betroffenen in den Nachbargemeinden an die Grenze bauen wollen.

Wir haben eine ausführliche Übergangsregelung geschaffen, was den Vertrauensschutz anbelangt – das ist, glaube ich, nicht zu beanstanden – und auch dahin gehend – das war ganz wichtig, und das haben wir auch in der Landtagsfraktion letztlich vorangebracht –, dass die Konzentrationsflächen ebenfalls Bestandsschutz genießen. Das, meine Damen und Herren, ist ein sehr wichtiger Punkt; denn es haben sich ungefähr – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – 150 Gemeinden in Bayern mit diesem Thema befasst und für ihre Gemeinde festgelegt: Jawohl, wir wollen Windenergie, und wir wollen Windenergie eben regional so positioniert haben.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das haben wir Ihnen doch schon zuvor gesagt!)

Wir haben dann gesagt, es macht keinen Sinn, wenn die Gemeinden hinterher noch einmal einen Bebauungsplan aufstellen müssen mit dem ganzen Verfahren und demselben Ergebnis, also haben wir das geschützt. Das bedeutet, dass das von den Gemeinden in Bayern für Windenergie identifizierte Potenzial nach wie vor realisiert werden kann. Diese Klagen gehen deshalb ins Leere. Es sind die Gemeinden, die das wollen und die gesagt haben: Hier wollen wir das, und dort können Windenergieanlagen unabhängig von der 10-H-Regelung gebaut werden.

Wir haben hier eine vernünftige Regelung getroffen, die ein ausgewogenes Verhältnis herstellt zwischen denen, die bauen wollen, und denen, die betroffen sind. Insofern brauchen Sie über diese Dinge nicht zu lamentieren. Es sind ja auch immer noch 370 Verfahren in der Pipeline, und wir werden das Ziel von 1.500 Anlagen also vielleicht erreichen, wenngleich möglicherweise nicht ganz.

Ich meine, es ist ein sehr gutes Ergebnis, dass wir auch in diesem Bereich vorankommen wollen, wobei die Windenergie in Bayern – das ist uns allen klar – nicht der gänzlich entscheidende Faktor sein kann.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Meine zwei Vorredner von der CSU haben sich heute mehr oder weniger geschickt um den eigentlichen Kern der Debatte gedrückt: Es geht um die Atomkraft, um den strahlenden Müll, den Sie hier über Jahrzehnte produziert haben, den Sie hier verantwortet haben. Die "CSU-Castoren", möchte ich sagen, der CSU-Müll – das ist das drängende Problem derzeit, und darüber haben Sie sehr wenige Worte verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Blume, ich habe jetzt schon viele Reden von Ihnen gehört, aber die heutige war die schwächste Rede.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben zum Thema wirklich nichts beigetragen und auch Sachen vermischt und durcheinandergebracht. Es ging zum Beispiel darum, dass die Politik zu hektisch sei. Ja, Herr Blume, wie lange brauchen Sie denn, um zu begreifen, dass Atomkraft Atommüll produziert?

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Anscheinend dauern die Entscheidungsfindungen auch sehr lange; Herr Dr. Bernhard als bekennender Atomkraftbefürworter hat sich hier auch sehr schwer getan. Was mich heute schon sehr irritiert hat bei der Pressekonferenz, die Herr Marcel Huber gegeben hat, war das Bekenntnis zur Atomkraft – ich zitiere –: Wenn Fukushima nicht gewesen wäre, dann hätten

wir heute eine CO_2-freie Stromversorgung in Bayern. Herr Huber, was sind das für Aussagen? Wir haben klar gesagt, wir haben beschlossen, wir möchten raus aus der Atomkraft.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Wer hat es gemacht?)

Am Samstag wird endlich Grafenrheinfeld abgeschaltet.

Wir produzieren Jahr für Jahr in Bayern 75 Tonnen hoch radioaktiven Strahlenmüll, und ein kleiner Teil davon kommt jetzt zurück – konkret: ungefähr 50 bis 80 Tonnen. Bei dem Müll, den wir produziert haben – also nur die Jahresmenge, die Menge eines Jahres –, sind Sie nicht bereit zu sagen: Das ist unsere Verantwortung, wir nehmen ihn wieder zurück. Das ist verantwortungslos! Das ist keine Art, Politik zu machen!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sehen immer sehr gerne auf die anderen Bundesländer. Ich möchte Sie bitten, sehen Sie doch einmal die Bundesländer an, in denen Umweltminister von den GRÜNEN sitzen. Sie haben sofort gesagt: "Jawohl, wir haben das nicht verursacht, wir waren von Anfang an aus unserer Überzeugung heraus immer gegen Atomkraft", und Sie waren die Ersten, die gesagt haben: "Der Müll ist entstanden, er muss ordnungsgemäß entsorgt werden."

(Zuruf von der CSU)

"Wir brauchen sichere Zwischenlager, also ist es selbstverständlich, dass wir hier Verantwortung übernehmen." - Das ist grüne Politik. Das ist grüne, verantwortungsvolle Politik. – Das, was Sie machen, ist immer nur ein Abschieben. Sie schieben den Dreck den anderen hin. Das verurteilen wir in vollem Umfang.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Zur Bürgerenergie – meine Vorredner, Herr Glauber, Frau Kohnen und Herr Hartmann, haben es erwähnt –: Sie haben gesehen, wie massiv die Zahlen zur Windkraft einbrechen, und es geht hier nicht um aufgestellte Anlagen,

(Erwin Huber (CSU): Das ist doch nicht vergleichbar!)

sondern es geht um Anträge auf Genehmigung, Herr Blume.

(Erwin Huber (CSU): Ja, eben!)

Das ist ein großer Unterschied. – Hier sind wir um mehrere Hundert eingebrochen – 580 Anlagen 2013, 380 Anlagen im Jahr 2014, und jetzt sind wir bei 12 im ersten Quartal.

(Erwin Huber (CSU): Das ist doch gar nicht wahr! Das ist doch Blödsinn!)

Die Zahlen sind so etwas von eingebrochen, und zudem – es wurde erwähnt im Zusammenhang mit dem Ausschreibungsmodell –: Bürgerenergie hat unter Ihnen keine Chance mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Für uns ist deswegen die klare Aussage: Wir brauchen eine klare Politik. Wir brauchen klare Leitlinien, wohin es geht. Wir wollen Klimaschutz erreichen. Letzte Woche hatten wir auch noch einmal von Herrn Pschierer die Aussage, Bayern würde ja so gut dastehen in Bezug auf CO_2. Dank der Atomkraft stehen wir einigermaßen gut da, aber die negativen Folgen wollen Sie alle nicht sehen.

Wir sind klar für einen dezentralen Ausbau der Windkraft in Bayern und einen dezentralen Ausbau der Energieversorgung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also gegen die Stromtrasse!)

Wir sind für ein Gebäudesanierungsprogramm, und zwar für ein flächendeckendes, nicht die kleinen Programme, die wir jetzt haben, indem wir 10.000 Häuser sanieren.

(Erwin Huber (CSU): 35.000!)

Das ist sehr, sehr gut, aber wir brauchen flächendeckend ein gutes Modell. Dorthin wollen wir kommen. Sie blockieren das derzeit in Berlin. Ihre Blockadepolitik ist so umfassend, dass wir sagen können: Bitte treten Sie zurück, Sie können es nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun bitte ich den Kollegen Kirchner zum Rednerpult.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es sind ein paar Dinge zu relativieren. Herr Stümpfig, Sie haben über die Art der Politik gesprochen. Hierzu möchte ich Ihnen schon noch einmal in Erinnerung rufen, wie dezidiert das Thema Endlagerung bei der Ministerpräsidentenkonferenz 2013 besprochen wurde.

(Zuruf von den GRÜNEN)

In der Vereinbarung ist unter Nummer 5 klar festgelegt:

> Die Entscheidung, in welche Zwischenlager die Behälter transportiert werden, soll aufgrund objektiv nachprüfbarer Kriterien erfolgen. Dabei sind unter anderem Aspekte der Sicherheit und der Kosten zu berücksichtigen.

Nummer 6 – jetzt hören Sie zu, Herr Stümpfig -:

> Die Entscheidung für ein bestimmtes Standort-Zwischenlager kann nur mit Zustimmung des betroffenen Bundeslandes erfolgen.

Diese Verabredungen sind einseitig vom Bund und von den anderen Ländern aufgekündigt worden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die neue Regierung!)

Das ist eine Art der Politik, die man nicht akzeptieren kann. Das ist Ihre Politik, wie Sie sie in den Ländern, wo Sie an der Regierung beteiligt sind, betreiben, im Bundesrat und überall. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU)

"Kohnen soll sich lohnen." - Ich habe genau zugehört. Den Lohn habe ich noch nicht gefunden, Frau Kohnen. Ich muss feststellen: Den Punkt Ausbauziele haben Sie angesprochen. Ich bin im gleichen Ausschuss wie Sie. Ich war auch mit Ihnen im Energiedialog, und ich kann mich sehr wohl an die Aussage unserer Frau Ministerin erinnern und an die Ergebnisse des Energiedialogs, wo klar festgehalten worden ist: Bis gewisse Rahmenbedingungen, die im Nachgang zu klären sind, auf Bundesebene geklärt sind, gelten die Ausbauziele, wie sie 2011 festgelegt wurden. Daher verstehe ich Ihre Diskussion nicht, was Sie hier erwarten, was für Sie noch aussteht, wo Sie eine Information vorenthalten bekommen.

Das Zweite ist der Bericht zur Kraft-Wärme-Kopplung. Darüber haben wir sehr wohl gesprochen, und wir haben auch Ihren Antrag mit umformuliert und ihm zugestimmt.

Dann das Thema Alpenverbund. Wenn Sie der Debatte genau zugehört haben, dann wissen Sie, dass wir uns eigentlich einig waren, dass gewisse Dinge im Alpenverbund schon längst gelebte Praxis sind und dass gewisse Dinge, wie sie hier gefordert sind, schon gelebt werden und existent sind. Also auch da: nicht abgelehnt, sondern bereits vorgelebt.

Das sind die Punkte, die man an dieser Stelle ansprechen sollte. Insgesamt sollte man, wenn man die Überschrift der heutigen Aktuellen Stunde im Blick hat, drei Dinge festhalten:

"Totalblockade durchbrechen": Ich würde diese Überschrift oder dieses Thema so interpretieren, dass Sie die Interessen der Menschen in Bayern verkaufen und dabei noch die Interessen anderer Bundesländer mit vertreten. Ist das bayerische Politik?

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle fest: Kein anderes Land in Deutschland setzt sich so intensiv mit der Energiewende auseinander wie Bayern. Erst durch die Initiative Bayerns sind in diesem Zusammenhang gewisse Themen, die zu klären sind, überhaupt angesprochen worden, ins Rollen gekommen, zur Diskussion und in den Fokus gestellt worden.

Für uns steht die effiziente Verwendung von Energie an erster Stelle. Da hilft ganz klar die Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die an anderer Stelle blockiert wird durch irgendwelche Steuermodelle und Gegenrechnungen. Unser 10.000-Häuser-Programm ist ein Kick-off, um diese Themen attraktiv zu machen und zu gestalten.

Sie haben die Kraft-Wärme-Kopplung angesprochen. Gerade Bayern fordert ja, dass die Kraft-Wärme-Kopplung neu in den Fokus gerät, dass sie mehr ausgenutzt wird, dass 25 % dort vorangebracht werden. Gerade Bundesminister Gabriel bzw. die Bundesebene wehrt sich hier, indem sie sich ausschließlich auf die thermische Stromerzeugung konzentriert.

Ich denke, wenn wir uns die Fakten ins Bewusstsein rufen, dann müssen wir schon sagen: Was wir brauchen, ist Versorgungssicherheit und keine Vorsorgungswahrscheinlichkeit. Mit dem Energy-only-Markt und dem EEG ist ein völlig verzerrtes Marktmodell entstanden, das uns nicht weiterbringt.

Wenn die Vorredner der Opposition vorhin das Strommarktdesign angegriffen und infrage gestellt haben, die Motivation Bayerns hier infrage gestellt haben, dann leite ich für mich im Umkehrschluss ab, dass es für Sie das Ziel ist, die Bestandskraftwerke, die Braunkohlekraftwerke, als Basis für unsere Energieträger der Zukunft zu sehen. Da muss ich sagen: Pfui!

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie halten ja an dem alten Kraftwerk fest!)

- Sie halten an den alten Kraftwerken fest.

Mit der Abschaltung jedes weiteren Kraftwerkes und mit dem Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, deren Produktion sehr stark schwankt, brauchen wir mehr Netz- und Systemabsicherungen. Daher sind besonders effiziente Kraftwerke aus wirtschaftlichen Gründen zu halten, eben die Gaskraftwerke in Bayern, die immer wieder angesprochen worden sind.

Wenn wir über Konzepte sprechen, dann muss ich schon feststellen: Seit November 2014 gab es zwölf Gelegenheiten, hier Konzepte mit einzubringen. Bis zum heutigen Tag hat niemand von Ihnen auch nur den Ansatz eines Konzeptes in diese Diskussion eingebracht. Was uns auf der ganzen Ebene fehlt, ist ein Konzept auf Bundesebene, ein Konzept, wie die Energiewende vorangebracht wird. Erst wenn dieses Konzept verfügbar ist und dabei die Gedanken aus bayerischer Sicht berücksichtigt sind, wie man eine Energiewende sinnvoll gestalten und Versorgungssicherheit herstellen kann, erst dann können wir über die Punkte sprechen, die Sie immer so polemisch mit einbringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun bitte ich Frau Staatsministerin Aigner zum Rednerpult.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt sehr aufmerksam der Debatte gelauscht, insbesondere den Initiatoren von den GRÜNEN, aber auch dem Koalitionspartner zumindest auf der Berliner Ebene, der SPD, und habe festgestellt, dass sich eines durch die Debatte hindurchzieht: dass Sie sich letztendlich immer gegen bayerische Interessen aussprechen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen das an drei Beispielen zeigen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Unglaublich!)

Das eine Beispiel ist: Wenn wir sagen, wir wollen bei uns eine sichere Versorgung, zum Beispiel mit Gaskraftwerken, dann ist das zu teuer. Wenn es aber um den Ausbau von Offshore-Anlagen geht, der mehr als doppelt so teuer ist, an der Ostsee und an der Nordsee, wo Ihre Parteien regieren, dann spielt das Geld keine Rolle. Das finde ich etwas schräg, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es zweitens natürlich nicht nur um den Transport von erneuerbaren Energien geht, sondern auch um den Export aus den Kohle-Ländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, wo Sie regieren, dann höre ich von Ihnen kein Wort. Dass das gerade die GRÜNEN so machen, das finde ich auch etwas schräg, mit Verlaub.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wenn drittens das Land Niedersachsen, das sehr lange bei Gorleben Erkundungen für das Endlager durchgeführt hat, sagt: "Wir wollen das nicht", dann finden Sie das auch total toll. Wenn wir darüber diskutieren, das im Gesamtpaket zu verabschieden, wie wir das ausgemacht haben, dann höre ich weder von Ihnen etwas noch vom Landesvorsitzenden der SPD, der eigentlich auch bayerische Interessen vertreten könnte, mit Verlaub.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt noch ein paar weitere Punkte. Zunächst zum Punkt, mit der 10-H-Regelung würden wir den Ausbau schädigen. Jetzt will ich Ihnen auch noch ein paar Zahlen sagen.

Im ersten Quartal 2015 wurden in Baden-Württemberg fünf neue Anträge genehmigt.

(Zuruf von der SPD: Wer hat denn dort regiert?)

- Wie lange ist denn die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg schon dran? Es gibt keine 10-H-Regelung in Baden-Württemberg.

(Zuruf von der CSU: Das hören sie nicht gern!)

In Bayern sind 25 Anträge genehmigt worden, das Fünffache von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CSU)

Das Nächste: Wir haben immer gesagt, und das halte ich nach wie vor für das Richtige,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass man, bevor man Energie produziert oder verteilt, sich über die Effizienz unterhält. Auch hier noch einmal: Ich höre nichts in diesem Haus, dass ein Appell an die rot-grünen Länder geht, endlich die energetische Gebäudesanierung im Bundesrat nicht weiter zu blockieren, sondern durchzulassen. Ich höre nichts davon.

(Beifall bei der CSU)

Weil wir jetzt nicht mehr haben abwarten können, haben wir heute im Kabinett und auch in der Fraktion

ein 10.000-Häuser-Programm verabschiedet, wo wir in Energieeffizienz, in Energieeinsparung, in Heizkesseltausch investieren wollen, damit weniger Energie verbraucht wird und Energie auch effizienter eingesetzt wird. Das unterstützen wir mit 90 Millionen Euro als einziges Land.

(Beifall bei der CSU)

Zur nächsten Frage: Selbstverständlich stehen wir zum Ausstieg aus der Atomenergie. Am Samstag geht Grafenrheinfeld vom Netz. Haben Sie das nicht mitgekriegt, alle miteinander? Es geht vom Netz, und Isar II und Gundremmingen, der letzte Block, werden auch vom Netz gehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Viel zu spät!)

- Das ist ja wunderbar.

Wir werden weiter voranschreiten. Deshalb bauen wir im Moment auf die Thüringer Strombrücke. Ich sehe da keine großen Verteidigungslinien bei der Opposition. Die sagt: Das ist alles total toll. Wir bauen es, wir haben es durchgesetzt, die Regierungen haben es genehmigt, und jetzt wird es auch gebaut, weil es notwendig ist. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt gehen wir noch einmal zu den Leitungen; denn ich bin ja da schon ein bisschen länger dabei. Schauen Sie sich bitte einmal den Netzentwicklungsplan 2024 an, und dann nehmen Sie einmal eine schöne Linie von der Nordsee nach Baden-Württemberg, weil nämlich drei Leitungen von der Nordsee drinstehen: zwei nach Baden-Württemberg, eine nach Bayern, nach Grafenrheinfeld. Bei dieser Linie hat von Anfang an keiner erkennen können, dass das so geplant ist wie jetzt von der Bundesregierung, dass die Leitung nach Grafenrheinfeld hineingeht und dann von Grafenrheinfeld wieder hinausgeht nach Baden-Württemberg. Das hat keiner gesagt. Deswegen haben wir gesagt, das ist nicht die Geschäftsgrundlage. Deshalb werden wir mit den Baden-Württembergern reden. Es ist schon beachtenswert, dass sich eine baden-württembergische Regierung, die nach den jetzigen Planungen nur 130 Kilometer an Neubau zu verkraften hat, während Bayern 420 Kilometer zu verkraften hat, aufmandelt, wenn wir sagen, das ist keine gerechte Verteilung. Das kann ich noch nachvollziehen; aber dass Sie das verteidigen, das verstehe ich überhaupt nicht!

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Peter Winter (CSU): Volltreffer!)

Liebe Frau Kohnen, wer lesen kann, ist deutlich im Vorteil. Lesen Sie sich bitte die Stellungnahme meines Hauses zum Netzentwicklungsplan durch. Da steht sehr genau drin, was wir immer schon gesagt haben, dass erst einmal alle anderen Sachen geregelt werden müssen, nämlich die Energieeffizienz, die Kraft-Wärme-Kopplung und das Strommarktdesign, und wir erst dann über die Frage reden, was mit den Leitungen ist. Für den Fall, dass wir sie brauchen, haben wir ein paar Bedingungen. Wir müssen darauf hinweisen, dass die Bundesregierung in Grafenrheinfeld ganz still und heimlich auf einmal weitere Netzverstärkungsmöglichkeiten außen rum mit insgesamt sechs Leitungen vorsieht,

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sechs Leitungen!)

sechs Leitungen mit einer Bündelung von 20 Gigawatt! Das ist ein Viertel der Höchstlast in Deutschland. Jetzt frage ich Sie, ob das aus Sicherheitsgesichtspunkten, ganz abgesehen davon, dass das eine Belastung für die Region ist, sinnvoll ist. Ich sage: Nein, ist es nicht. Deshalb verhandeln wir gemeinsam mit der Bundesregierung. Deswegen ist klar, dass diese Bündelung in Grafenrheinfeld nicht stattfinden wird. Wir sind ein bisschen weiter als Sie.

(Beifall bei der CSU – Ministerpräsident Horst Seehofer: Das haben wir schon verhandelt!)

- Genau, das haben wir. – Zur Südost-Passage noch ein Wort: Sie hätten sie sofort so geschluckt, wie sie ist, so wie Amprion vorgegangen ist.

(Klaus Adelt (SPD): Mit Sicherheit nicht! – Gegenrufe von der CSU)

- Natürlich hätten Sie das gemacht. Sie waren ja sehr begeistert. Wir haben massiv verhandelt und werden, übrigens gemeinsam mit Sigmar Gabriel, mehr Erdverkabelung und vor allem die Nutzung von Bestandstrassen voranbringen, was bisher immer ausgeschlossen worden ist. Das ist eine deutliche Veränderung.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich komme noch zur Frage der Notwendigkeit. Auch da – das muss man ganz ehrlich sagen – hatten wir im Koalitionsausschuss ganz anders gewettet. Wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir Kapazitätsmärkte auf den Weg bringen. Was liegt bisher vor? - Nichts. Sigmar Gabriel geht gemeinsam mit seinem Staatssekretär Baake von den GRÜNEN davon aus, dass es ausschließlich mit dem Energy-only-Markt funktioniert. Das ist seine Theorie. Wenn wir einen Kapazitätsmarkt hätten, indem wir bei uns

Kapazitäten, und zwar dezentral, vorsehen, bräuchten wir das nicht. Nein, wir brauchen die Leitungen vor allem, um den Import von Kohlestrom und sonstigem Strom zu organisieren, der durch die ganze Bundesrepublik transportiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sagen wir: Es muss einen Kompromiss geben. Wenn alle das wollen, brauchen wir ein Gesamtpaket. Ein solches fehlt bisher. Mit Verlaub, Sigmar Gabriel sagt immer, wir bekommen Irsching. Das glauben wir ihm auch. Das hat er uns beiden gemeinsam zugesagt. Wir sollen zusätzlich schnell regelnde Gaskraftwerke bekommen. Aber ich brauche das irgendwann einmal schriftlich. Einen Blankoscheck stelle ich nicht mehr aus.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Dasselbe gilt letztendlich für die Atommüll-Zwischenlagerung. Ich kann es noch einmal vorlesen. Der Kollege Kirchner hat es auch vorgelesen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Bitte noch einmal!)

Das ist das offizielle Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Hier steht:

(Hans Herold (CSU): Zuhören!)

Die Entscheidung für ein bestimmtes Standort-Zwischenlager kann nur mit Zustimmung des betroffenen Bundeslandes erfolgen.

Mit Zustimmung!

(Markus Rinderspacher (SPD): Von wann ist das Papier?)

- Das ist von 2013; aber trotzdem stimmt es noch.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen, was seitdem schon alles passiert ist!)

- Ja, aber das gilt nach wie vor.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie kennen die Gespräche, die inzwischen stattgefunden haben, Frau Aigner!)

- Die Gespräche finden statt. Es war mit Ihrem Parteivorsitzenden, Herr Rinderspacher, und mit den Ministerpräsidenten vereinbart, dass man alles im Gesamtpaket, gemeinsam mit der Energiewende, gemeinsam mit der Leitung, gemeinsam mit dem Strommarkt verabschiedet.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sind zwei unterschiedliche Ressorts; das eine hat mit dem anderen nichts zu tun!)

Das war die Abmachung, und er hat es meines Wissens auch gar nicht gewusst. Das ist die entscheidende Frage!

(Beifall bei der CSU)

Nochmals abschließend: Ich würde mir auch von einer bayerischen Opposition wünschen, dass sie in erster Linie bayerische Interessen vertritt, nicht irgendwelche anderen Interessen!

(Zustimmung des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Das ist mein Ansatz. Dafür könnten wir Sie brauchen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Markus Rinderspacher (SPD): So ein Schmarrn, Frau Aigner! So ein Schmarrn!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

- Herr Roos, Sie sind nicht gefragt! Bitte schön!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Ministerpräsident Horst Seehofer: SPD: Gegen alles! – Widerspruch bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Die Neinsager-Partei seid ihr, sorry! Die Neinsager sitzen dort drüben! – Unruhe)

- Wenn sich das Auditorium wieder beruhigt hat, können wir weitermachen. – Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes - Wiederbelebung des Diplomstudiums (Drs. 17/6816)
- Erste Lesung -

(Unruhe)

- Wenn sich das Auditorium wieder beruhigt hat und alle Kolleginnen und Kollegen in der Lage waren, wie-